

**SZ+** Verfassungsschutz in der Kritik

## So sagte Oskar Lafontaine im Untersuchungsausschuss zum Fall Yeboah aus

**Saarbrücken** · Im Untersuchungsausschuss zum Fall Samuel Yeboah beleuchtet der saarländische Landtag Versäumnisse bei Ermittlungen und die Rolle des Verfassungsschutzes in den 1990er Jahren. Am Dienstag sagte unter anderem der damalige Ministerpräsident Oskar Lafontaine aus.

01.04.2025, 19:53 Uhr · 5 Minuten Lesezeit



Oskar Lafontaine bereitet sich auf seine Aussage im Untersuchungsausschuss vor.

Foto: Michael Kipp



Von **Michael Kipp**  
Chefreporter

Am Dienstag beleuchtete der saarländische Landtag in der 15. Sitzung des „Untersuchungsausschusses zur rassistischen Anschlagsserie“, zum Fall Samuel Yeboah; erneut die Ereignisse der 1990er Jahre. Im Zentrum der Befragungen standen die Rolle des Verfassungsschutzes und mögliche Versäumnisse bei den Ermittlungen zu rechtsextremistischen Strukturen im Saarland und zu dem tödlichen Brandanschlag am 19. September 1991, bei dem Samuel Yeboah ums Leben kam. Um die Fragen zu klären, hatte der Ausschuss prominente Zeugen geladen: die ehemaligen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt (82 Jahre alt) und Oskar Lafontaine (82), Ex-Innenminister

Friedel Läßle (86) sowie die früheren Staatssekretäre Roland Rixecker (73) und Richard Dewes (76/damals alle SPD).

### Zentrale Fragen: Ermittlungsfehler und Verfassungsschutz

Ein zentraler Punkt der Diskussion war, ob es bei den Ermittlungen zum tödlichen Brandanschlag auf Samuel Yeboah 1991 Versäumnisse gab. Richard Dewes, damaliger Staatssekretär im Innenministerium, verteidigte die Arbeit der Behörden: „Es gab kein Abtauchen, kein Wegschauen, sondern es wurde mit Entschlossenheit und Nachdruck agiert.“ Er betonte, keine Fehler erkennen zu können.

Hintergrund: Ex-Polizeipräsident Norbert Rupp hat sich Anfang April 2022 öffentlich für die fehlerhafte Ermittlungsarbeit der Polizei im Zusammenhang mit dem Mordfall Samuel Yeboah entschuldigt. Er räumte ein, dass die Ermittlungen von 1991/92 nicht optimal waren und organisatorische Mängel dazu führten, dass wichtige Aspekte nicht ausreichend untersucht wurden.

Die Polizei hatte die Ermittlungen damals bereits nach einem Jahr eingestellt und erst Jahrzehnte später wieder aufgenommen, nachdem eine Zeugin sich meldete und berichtete, dass ein Mann ihr den tödlichen Brandanschlag gestanden habe. Der Saarlouiser ist inzwischen zu sechs Jahren und zehn Monaten Jugendstrafe verurteilt. Dennoch: Kritiker werfen den Behörden vor, in den 1990er Jahren Hinweise auf rechtsextreme Netzwerke nicht ausreichend verfolgt zu haben.



### Tatort Saarland Tödliche Dosis? Als ein Krankenpfleger mit dem Leben...



00:00

-17:16

**Alle Folgen**

**ABONNIEREN**

Der Verfassungsschutz spielte dabei eine zentrale Rolle – oder vielmehr eine unzureichende. Ein 1993 erstelltes Gutachten des Experten Ernst Nisius zeichnete ein düsteres Bild der Behörde, die durch massive Personalkürzungen geschwächt war. Dabei wurde das Gutachten erst drei Jahre später bekannt: Durch eine Recherche der Saarbrücker Zeitung. „Wesentliche nachrichtendienstliche Grundsätze und Sicherheitsaspekte bleiben infolge der Überbeanspruchung der Mitarbeiter immer öfter unbeachtet“, heißt es darin. Hintergrund: Die saarländische Landesregierung hatte die Zahl der Mitarbeiter von 121 (1985) auf 63 (1993) reduziert. Lafontaine erklärte dies damit, das Land damals für einen Schuldenschnitt schlanker aufstellen zu wollen.

### Läßle: Späte Entschuldigung

Friedel Läßle, damaliger Innenminister (SPD), zeigte sich im Ausschuss reumütig. „Der Anschlag damals hat mich

tief betroffen gemacht, insbesondere als ich erfuhr, dass das Opfer 26 Jahre alt war – genau wie mein Sohn: Der hatte Geburtstag an dem Tag, als der Brandanschlag geschah.“ Läßle habe damals eine Sonderkommission eingerichtet und eine Belohnung von 20 000 DM ausgesetzt, doch es seien keine Hinweise eingegangen. Der Verdacht einer rechtsextremen Tat habe bestanden, doch die Polizei in Saarlouis, „mit der ich nie warm wurde“, sagte Läßle, habe sich nicht auf Tatverdächtige festlegen wollen.

---

**SZ+** Mehr als 33 Jahre nach rassistischem Brandanschlag  
**Urteil gegen Mörder von Samuel Yeboah rechtskräftig - weitere Verfahren eingeleitet**

---

**SZ+** Zeitgleich fällt das Urteil gegen Peter St.  
**Brisante Aussagen im U-Ausschuss „Rassistische Anschlagserie“ in Saarbrücken**

---

Läßle räumte ein, dass die drastischen Kürzungen beim Verfassungsschutz und vor allem bei der Polizei damals Fehler gewesen seien: „Im Nachhinein sage ich: Es war ein Fehler, bei Polizei und Verfassungsschutz damals das Personal so stark zu reduzieren.“ Der Abbau bei der Polizei war ihm damals schon zu viel. Den Fehler mit dem Verfassungsschutz habe er erst später einsehen können. Ich hätte damals mit Rücktritt drohen sollen“, sagte er.

#### **Klimmt: Geänderte weltpolitische Lage beeinflusste Entscheidungen**

Klimmt erklärte im Ausschuss, dass die Reduzierung des Verfassungsschutzpersonals damals vor dem Hintergrund der veränderten weltpolitischen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges gesehen werden müsse. „Die Bedrohungslage hatte sich verändert – das war sicher auch ein Grund für die Kürzungen“, sagte Klimmt. Es gab keine Spione mehr zu beobachten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Zudem führte er aus, dass bis dahin vor allem der Linksextremismus im Fokus gestanden habe. „Rechtsextremismus war bis dahin kein großes Thema.“

---

**SZ+** Zeitzeuge in U-Ausschuss zur rechte Szene im Saarland  
**„Es war damals ein Komplettversagen von Kirche, Presse, Politik und Verfassungsschutz“**

---

Brandanschlag auf Asylbewerberheim in Saarlouis  
**Weiterer Neonazi wohl bald vor Gericht - Anklage wegen Beihilfe zum Mord an Yeboah**

#### **Lafontaine: Kritik an V-Leuten und Struktur des Verfassungsschutzes**

Auch Oskar Lafontaine, damaliger Ministerpräsident (SPD), äußerte sich zur Rolle des Verfassungsschutzes und der Ermittlungsbehörden. Er betonte im Ausschuss: „Es gab Hinweise auf rechte Szenen, aber keine Klarheit.“ Als die Ermittlungen eingestellt wurden, habe er „ungehalten reagiert“, da immer noch keine Ergebnisse vorlagen. Gleichzeitig stellte er infrage, ob V-Leute immer zuverlässig seien. „Man wusste nie genau, ob sie wirklich zur Aufklärung beitragen oder selbst Teil des Problems sind.“ Das sei ja bis zuletzt noch so gewesen, sagt er.

Lafontaine habe damals sogar infrage gestellt, ob eine eigene Behörde für den Verfassungsschutz notwendig sei: Die Aufgaben hätten auch dem Landeskriminalamt übergeben werden können. Das Saarland hatte damals den Vorsitz in der Innenministerkonferenz inne und dort eine Vorlage eingereicht – daran wollte sich jedoch keiner der Zeugen erinnern –, die forderte, die Extremismusbeobachtung aus dem Verfassungsschutz herauszunehmen. Dieser Antrag wurde jedoch vehement abgelehnt, wie im Protokoll der Konferenz zu lesen ist.